

# 1. Migration: Begriffsklärung und Daten zur ausländischen Bevölkerung in Europa

## 1.1 Die sich wandelnde Bedeutung von Migration

Wenn wir den Begriff „Migration“ verwenden, ist nicht unmittelbar klar, was mit ihm bezeichnet wird. Traditionell verband man damit die Vorstellung des dauerhaft Sesshaft-Werdens oder zumindest, dass ein lang andauernden Aufenthalt im Ausland vorliegt. Tatsächlich ist „Migration“ eine Unterkategorie eines allgemeineren Konzepts von „(Wander-)Bewegung“, das eine breite Vielfalt an Formen und Ausprägungen der menschlichen Mobilität umfasst, die alle die Gemeinsamkeit haben, sich durch zunehmende Institutionalisierung zu wandeln. Was wir – bei Berücksichtigung des oben Erläuterten – unter Migration konkret verstehen, unterliegt insofern der freien Wahl und ist womöglich auch historisch geprägt.

Was wir beispielsweise unter *dauerhafter Migration* verstehen, ist nicht länger unumstritten. Dort, wo sie stattfindet, erfolgt sie zumeist indirekt, und zwar hervorgehend aus zuvor befristeter Migration, vor allem in Form von *Familienzusammenführungen* und *-gründungen*. In der Tat steht mittlerweile dauerhaftes Sesshaft-Werden zumeist im Zusammenhang mit der *Remigration* in die Heimatländer von ehemaligen Arbeitsmigranten und bestimmten ethnischen und nationalen Gruppen. Dazu zählen beispielsweise deutsche Aussiedler, bulgarische Türken und Griechen aus den GUS- und Balkanstaaten.

Den größten Anteil bei der freiwilligen Migration stellten in den letzten Jahrzehnten Arbeitsmigranten mit zeitlicher Befristung. Doch diese bilden eine uneinheitliche Gruppe, die beispielsweise Aupairs, Hausbedienstete, Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, im Bau- und Manufakturgewerbe, im Hotelwesen oder auch im Bereich *Catering* und Raumpflege umfasst. Viele von ihnen sind *Saisonarbeiter*, andere Arbeitskräfte aus dem *Grenzgebiet*, oder sie sind *hochqualifizierte Greencard* -

Beschäftigte. Es gibt zahlreiche weitere Vertreter, die an den internationalen Wanderbewegungen teilnehmen, und deren Status leicht dem des Migranten zugeordnet werden kann: Grenz-Pendler, Arbeitstouristen und Kleinhändler, die möglicherweise einen Prozess der unvollständigen Migration durchlaufen. Sie erzielen dabei einen Großteil des Lebensunterhalts aus häufigen, zeitlich befristeten Aufenthalten in anderen Staaten. Der neue Migrationsraum in Zentral- und Osteuropa sowie in der ehemaligen Sowjetunion ist geprägt von solchen neuartigen Migrationsformen.

Weitere Gruppen umfassen Asylsuchende und Flüchtlinge aus politischen Gründen, sowie solche, die zeitlich befristeten Schutz bedürfen.

Ferner ist wichtig, dass diese unterschiedlichen Migrationsformen nicht als zu eigenständig betrachtet werden, da jede von ihnen leicht zu einer anderen Form umschlagen kann. Um einige Beispiele zu geben: Ein Student heiratet und entscheidet sich daraufhin ins Land des Partners zu migrieren. Weitere Möglichkeiten: Einem Asylsuchenden wird Aufenthaltsrecht gewährt oder umgekehrt dieses verwehrt, und er kehrt in seine Heimat zurück. In der Tat gehen mittlerweile einige Autoren davon aus, dass die Grenzen zwischen erzwungener und freiwilliger Wanderbewegung womöglich zu unscharf geworden sind, sodass eine fundierte Basis zur begrifflichen und konzeptuellen Gegenüberstellung nicht vorliegt.

Deshalb ergibt es weder Sinn, in strengen Kategorien zu denken, noch den Begriff „Migration“ an einem bestimmten Punkt des Mobilitätskontinuums definitorisch zu bestimmen. **Migrationsströme, betrachtet als Mobilitätsströme, sind dynamisch und flexibel. Sie setzen sich aus unterschiedlichen Menschengruppen zusammen und erfolgen aus ebenso unterschiedlichen Motivationslagen heraus.** Ferner sind Mobilitätsströme dadurch gekennzeichnet, dass sie in den Gesellschaften der Aufnahmeländer unterschiedliche Rollen spielen und sich Migranten auf unterschiedliche Weise in sie eingliedern. Mobilitätsströme werden auch von diversen Behörden und Institutionen beeinflusst und organisiert.

## 1.2 Statistische Datenprobleme

Vor dem Hintergrund der oben angedeuteten Probleme definitorischer und konzeptueller Natur ist es nicht verwunderlich, dass die Messung internationaler Migration mit großen Problemen behaftete ist und viele Bereiche betreffen; dazu zählen

- § die Analyse von Mustern und Trends,
- § das Ausfindigmachen von Gründen sowie
- § die Voraussage zukünftiger potentieller Wanderbewegungen.

Ein Großteil der gegenwärtigen Debatte über tatsächliche und potentielle internationale Migration nach Europa, insbesondere aus Ost- und Südeuropa, hat sich auf die ungleichmäßige Verfügbarkeit von aktuellen, eindeutigen und konsistenten Daten zur ausländische Bevölkerung und den Richtungsstrom der internationalen Migranten beschränkt.

Die Versorgung mit internationalen Daten innerhalb Europas hat sich in den letzten Jahren zweifelsohne verbessert, obgleich große Lücken und Inkonsistenzen weiterhin bestehen. Der Jahresbericht des Europarats *Neuste demografische Entwicklungen in Europa* enthält Daten zur ausländischen Bevölkerung hinsichtlich ihrer Staatsbürgerschaft sowie zusammengefasste Statistiken zum Wanderstrom von all denjenigen Staaten, die diese Daten erhoben haben. EUROSTAT erstellt jährlich den Band *Demografische Statistiken*, der einen Datenverbund in Hinblick auf Anzahl und Ströme der ausländischen Bevölkerung enthält. Hinzu kommt der Datenverbund *Migration-Statistiken*, der noch mehr Details enthält. Ferner hat EUROSTAT in Assoziation mit dem Europarat seine Datenerhebung auf Zentral- und Osteuropa sowie die mediterranen Länder Zypern und Malta erweitert, wobei der gleiche Definitionskatalog wie in Westeuropa Verwendung findet. Eine Hauptaufgabe bei der Standardisierung, die Datenformatierung von einzelnen Ländern zum Eintrag in die

ACUMEN-Datenbank, ist erfolgt und wurde durch die Bereitstellung übergreifender Meta-Daten ergänzt.

Obgleich diese Entwicklungen implizieren, dass sich die statistische Datenversorgung erheblich verbessert hat, bleibt die Situation weit vom Idealzustand entfernt. Selbst in Westeuropa bereiten die erhältlichen Daten dem Nutzer noch immer eine große Bandbreite an Problemen, die sowohl von der Unvereinbarkeit der Quellen als auch von konzeptuellen und definitorischen Problemen herrühren. In Zentral- und Osteuropa sowie der GUS werden diese Probleme durch inadäquate Methoden bei der Datensammlung, aber auch durch den Mangel an gut entwickelten Statistiksyste men noch verstärkt. Obgleich in einigen Ländern dieser Region erhebliche Fortschritte erzielt worden sind, ist die allgemeine Konstellation in Bezug auf die Verfügbarkeit von Daten extrem uneinheitlich.

Ein wachsendes Problem besteht in der Komplexität von Migration. Zum größten Teil spiegeln die Migrationskonzepte, die als Basis zur statistischen Erhebung verwendet worden sind, nicht mehr die vielfältige Wirklichkeit der heutigen Bewegungen wider – eine Wirklichkeit, die charakterisiert ist durch neuartige Formen und dynamische Abläufe. Besonders schwierig zu erfassen sind kurze Wanderbewegungen und Statusänderungen der Migranten, aber auch – und dies aus offensichtlichen Gründen – illegale Migration.

Die größte potentielle Quelle für fehlerhafte Daten rührt vom Personenkreis derer, die illegal im Ausland leben und arbeiten. Bisweilen werden sie in offiziellen Zahlen berücksichtigt, doch nicht immer. Die veröffentlichten oder in Umlauf gebrachten Zahlen über illegale Migranten stellen häufig Polizeischätzungen dar, die auf Abschiebe- oder Regulierungszahlen basieren. Sie unterschätzen in erheblichen Umfang die Gesamtzahl illegaler Migration, da es den Regierungen der meisten Länder widerstrebt, Personen, die kein Aufenthaltsrecht haben, aufzufinden, zu identifizieren und abzuschieben (oder gar einzuräumen, dass sie existieren). Die Anzahl an Frauen, die illegal im häuslichen oder Servicebereich beschäftigt sind, werden unterschätzt, da sie in privater Unterkünften „versteckt“ sind; und Arbeitgeber

geben ihre Präsenz nicht Preis. Dort, wo Schätzungen zur Zahl illegaler Migration erhoben werden, ist es nicht immer möglich, zu ermitteln, wie diese durchgeführt wurden. Deshalb sollten diese Zahlen mit Vorsicht behandelt werden. Selbst Daten von *Regularisationsprogrammen (Amnestien)* unterschätzen den Gesamtumfang von illegaler Migration.

Um Statistiken aus Zentral- und Osteuropa zu erheben, verwenden seit 1995 EUROSTAT und UNECE den gleichen Fragebogen, der auch bei den EU- und EFTA-Mitgliederstaaten Anwendung fand. Ab 1999 wurde diese Zusammenarbeit auf den Europarat ausgedehnt. Auf diese Weise wurde der Harmonisierungsprozess der Statistiken, die in Westeuropa erhoben wurden, auf die Staaten Zentral- und Osteuropas ausgedehnt. Das Hauptinteresse hinter diesem Prozess beruht auf der engeren Integration von Staaten innerhalb Gesamteuropas. Dies manifestiert sich in verschiedensten Vereinigungsvereinbarungen. Weiterhin überführt dies aber auch potentielle neue Mitglieder der EU und des Europäischen Wirtschaftsgebiets in ein einheitlicheres Statistiksysteem. Derzeit wird so eine einzelne, jährliche und multinationale Datenerhebung vollzogen.

Trotz dieser Fortschritte bestehen erhebliche Lücken in der Verfügbarkeit von Daten aus den Staaten Zentral- und Osteuropas. Die Hauptgründe hierfür sind administrativer und gesetzgeberischer Natur. In einigen dieser Länder werden zu den erforderlichen Statistiken Daten nur teilweise oder überhaupt nicht erhoben. Zum Teil spiegelt dies die Unzulänglichkeiten der alten Datenerhebungsmethoden in der neuen politischen Umgebung wider. Darüber hinaus reflektiert dies auch die konzeptuellen und administrativen Schwierigkeiten, sich für die neuen statistischen Erfordernisse zu ausgesprechen und diese dann entsprechend zu implementieren. Ferner wird in einigen Staaten das neu geschaffene gesetzliche Rahmenwerk gerade erst umgesetzt, weshalb bislang noch keine Datenerhebung eingeleitet worden ist. Die Konsequenz für den Nutzer ist eine derzeit unvollständige Datenansammlung, die sich jedoch in den nächsten Jahren verbessern soll. Nur langsam und zögerlich werden die

Metadaten und das Informationsmaterial gesammelt und im Verbund mit den Statistiken, auf die Bezug genommen wird, veröffentlicht.

Die Statistiken der Gegenwart erlauben zum ersten Mal den Ablauf der internationalen Migration innerhalb Zentral- und Osteuropas nachzuvollziehen. Die Entfaltung von politischen Maßnahmen in der Migrationspolitik bedarf eines soliden statistischen Fundaments, das nun im Begriff ist umgesetzt zu werden. Dahinter steht die Hoffnung, dass die Daten dazu genutzt werden können, eine genauere Bestandsaufnahme der vielschichtigen Migrationsrealität der zu erhalten, als dies bis in der Phase der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts möglich war. Dennoch sollten die Daten, die in meinem Vortrag zitiert werden, mit einer gesunden Skepsis vor der Aussagekraft von Statistiken gesehen werden.

## 2. Zahlen zur ausländischen Bevölkerung in Europa

Bei der Analyse des betreffenden Datenmaterials ist es wichtig, sich die Tatsache zu vergegenwärtigen, dass – wie weiter unten dargelegt wird – viele der ‚Ausländer‘ in Europa Staatsbürger anderer europäischer Staaten sind. Sie sind insofern keine nicht-europäischen Staatsbürger, die von anderen Erdteilen nach Europa migriert sind.

Auch sind die enormen Unterschiede in der Gesamtbevölkerungszahl unter den verschiedenen europäischen Ländern zu berücksichtigen. Dies wird beispielsweise daran deutlich, dass die angegebene Größe einer ausländischen Bevölkerungsgruppe in einem Land einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtzahl bildet, doch in einem anderen einen erheblichen. Die Länder, die die größte *Anzahl* an ausländischen Einwohnern aufweisen, sind demnach nicht diejenigen, die den größten *Anteil* an ausländischen Mitbewohnern haben.

Der Bericht des Europarats über neueste demografische Entwicklungen in Europa (2001) nennt sieben Mitgliederstaaten des Europarats, die eine Gesamtbevölkerung von etwa etwas über 500 Millionen Personen umfasst: die Russische Föderation

(144,8 Millionen), Deutschland (82,2), die Türkei (65,8), das Vereinigte Königreich (59,9), Frankreich (59,0), Italien (57,8) und die Ukraine (49,0). Sieben weitere Staaten weisen eine Gesamtbevölkerung von weniger als einer Millionen Bürger auf: Andorra, Zypern, Island, Lichtenstein, Luxemburg, Malta und San Marino. Die Gesamtbevölkerung „Europas“ liegt im Bereich von 810 Millionen Einwohnern. Vor diesem Hintergrund sollten die folgenden Daten betrachtet werden.

## 2.1 Zahlen zur ausländischen Bevölkerung

Die ermittelte **Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung**, die in europäischen Staaten in den Jahren 1999/2000 gelebt hat (vgl. Tabelle 3), betrug etwa **21,16 Millionen**. Die **ausländische Bevölkerung scheint insofern etwa 2,6% der Gesamtbevölkerung Europas zu umfassen**. Der größere Anteil dieser Personengruppe war in Westeuropa beheimatet.

Wenig Zweifel besteht darüber, dass in den zurückliegenden Jahren in ganz Westeuropa die Anzahl der ausländischen Bevölkerung beträchtlich angewachsen ist. Die Statistik des Europarats zeigt, dass in den Jahren 1999/2000 – unter Berücksichtigung der neuesten verfügbaren Zahlen von 1997, die Griechenland einschließen – etwa **20,55 Millionen Ausländer in Westeuropa beheimatet** waren, die somit **über 5 Prozent der Gesamtbevölkerung dieser Staaten repräsentieren**. 1988 (1989 für Irland und 1990 für Frankreich) betrug die Zahl 14,9 Millionen Ausländer. Insofern ist zwischen 1988 und der Gegenwart die Zahl an Ausländern in westeuropäischen Staaten um insgesamt 38 Prozent gestiegen. Allerdings erfolgte dieser Anstieg über die betreffende Zeitspanne nicht gleichmäßig verteilt.

Doch im Gegensatz dazu gilt für die meisten Staaten Zentral- und Osteuropas, dass sie trotz eines gewissen Grades an dauerhafter Immigration – größtenteils in Form von Remigration – insgesamt geringe Zuwanderströme verzeichneten und die Zahl der ausländischen Bevölkerung relativ gering blieb. Doch sind Informationen zum Umfang der ausländischen Bevölkerung in osteuropäischen Staaten erst allmählich verfügbar. So sind die Daten alles andere als umfassend und wurden aus einer

Vielzahl an Quellen, Konzepten und Definitionen abgeleitet. Hinzu kommt, dass bei den Daten – insoweit sie auf behördlichen Quellen fußen – mit Gewissheit die tatsächliche Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung unterschätzt wird, die gegenwärtig in den aufgelisteten Staaten lebt.

## 2.2 Quantitative Veränderungen in der europäischen Migration

Ingesamt gesehen unterscheiden sich die jüngsten Veränderungstendenzen im Zahlenwerk in Zentral- und Osteuropa von denen in Westeuropa. Die aktuellste Statistik zeigt, dass die Gesamtzahl an Ausländern in den meisten westeuropäischen Staaten weiterhin steigt, doch dass seit den frühen 1990er Jahren insgesamt die Zuwachsrate erheblich gesunken ist. Die Lage in Zentral- und Osteuropa weicht davon in gewisser Weise ab. Zwar sind für die meisten dieser Staaten Zahlen für die frühen 90er Jahre nicht vorhanden. Doch die Zahlen der letzten Jahre belegen nicht nur einen Rückgang des Tempos bei den Zuwächsen, sondern in einigen Staaten sogar eine rückläufige Zahl an Ausländern insgesamt.

Jedoch ist es von zentraler Bedeutung, jeweils die Begebenheiten in den einzelnen Staaten zu betrachten, um einschätzen zu können, dass deutliche, vom Gesamtbild nicht ableitbare Unterschiede zwischen den Staaten bestanden haben und auch weiterhin bestehen. So verbuchte beispielsweise Deutschland einen außergewöhnlich hohen Zuwachs an Ausländerzahlen zwischen 1990 und 1992, wodurch für dieser Zeit die Zuwachsrate für Westeuropa insgesamt im hohen Maße angestiegen ist. Im Gegensatz dazu wies Spanien zwischen 1990 und 1991 eine rückläufige Anzahl an Ausländern auf, wobei es seitdem die höchste Zuwachsrate zwischen 1997 und 1998 verzeichnete.

1994 schien sich die Situation zu wandeln. Fünf Staaten verzeichneten einen Rückgang in der Zahl ihrer ausländischen Mitbürger, wobei dies 1995 sogar in sechs Staaten der Fall war, so in Belgien, Griechenland, in den Niederlanden, in Norwegen, Portugal und Schweden. Im Jahr 2000 wiesen Schweden und Belgien – bzw. im Jahre 1997 Griechenland und im Jahre 1999 die Niederlande – eine geringere Zahl als 1994

auf. In anderen Staaten schwankten die Zahlen. So sank 1995 die Gesamtzahl an Ausländern im Vereinigen Königreiches, doch stieg sie 1996 wieder stark an. In Dänemark, Finnland, Italien, Luxemburg und Portugal erfolgte ein kontinuierlicher Anstieg; Deutschland und die Schweiz verzeichneten 1996 einen Rückgang der Zahlen, nachdem sie zuvor innerhalb der gesamten Zeitspanne steigend waren. Das Datenmaterial legt nicht nahe, dass wir den Beginn eines Trends hin zu allgemein rückläufigen Zahlen an ausländischer Bürgern haben. Falls es so etwas wie eine allgemeinen Tendenz gibt, dann die, dass noch immer ein starker Zuwachs zu verzeichnen ist. Was jedoch deutlich zu Tage tritt, ist, dass die Trends und Fluktuationen von Staat zu Staat variieren: In dieser Hinsicht weisen die Staaten Westeuropas jeweils uneinheitliche Charakteristika auf.

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet unter den Staaten, die Zahlen erheben, den größten Gesamtanstieg. 1999 umfasste die ausländische Bevölkerung – einschließlich der ehemaligen DDR – 7,34 Millionen Personen, während im Vergleich im Jahre 1980 in der alten Bundesrepublik 4,45 Millionen Ausländer beheimatet waren. Dies stellt einen Zuwachs von annähernd 3 Millionen ausländischen Mitbürgern dar. Tatsächlich erfolgt dieser Anstieg in Deutschland erst seit 1988. Vor den politischen Ereignissen von 1989, schwankte dort die Zahl an ausländischen Mitbürgern im Spektrum von ca. 4,5 Millionen.

Weitere hohe Zuwächse seit Beginn der 80er Jahre (des zurückliegenden Jahrhunderts) verbuchten den aktuellsten Zahlen zufolge Italien (953.000), Österreich (478.700), das Vereinigte Königreich (607.000), die Schweiz (475.000), Spanien (713.700) und die Niederlande (130.600). Insofern verzeichneten die Staaten, in denen bereits eine hohe Anzahl an ausländischen Mitbürgern beheimatet war, einen weiteren, erheblichen Zuwachs ihrer Gesamtzahl.

Frankreich bildet die Ausnahme zu diesem allgemeinen Trend. Dort hielt der rückläufige Trend an, der in den frühen 1990er Jahren einsetzte. Dort hat die hohe

Quote an Einbürgerungen zu einer Verringerung der Anzahl ausländischer Staatsbürger geführt.

Richtet man das Augenmerk nun auf die Staaten Zentral- und Osteuropas, wird anhand ihrer Daten deutlich, dass in den 1990er Jahren ein allgemeiner Anstieg der offiziell bestätigten Gesamtzahl an ausländischen Mitbürgern vorliegt. Die höchsten Zuwächse lassen sich in der Tschechische Republik, in Ungarn und Russland feststellen. Die Tschechischen Republik verbuchte von 1990 bis 1999 jährlich Zuwachsraten, wobei nach Erreichen des Höchststandes von 228.900 die Quote auf etwa 201.000 Personen sank. In Ungarn stiegen die Zahlen und pendelten sich nach 1994 bei ca. 140.000 Personen ein; 1999 stiegen sie auf 153.100 und sanken 2000 auf 110.000, obgleich die Daten sich lediglich auf diejenigen Personen bezog, denen eine zeitlich befristete Aufenthaltsgenehmigung gewährt wurde. Russland vermerkte 1997 insgesamt 138.000 dauerhafte emigrierte Ausländer, wobei die Zahlen seit 1995 jedoch rückläufig waren.

Bezüglich der verbleibenden Staaten verzeichnete Bulgarien von 1990 bis 1998 bei relativ geringen Anteil an Ausländern einen stetigen Zuwachs, wobei jedoch 1999 ein geringer Rückgang einsetzte. Doch dort erfolgten im Vergleich zur Tschechischen Republik die Veränderungen im geringeren Ausmaß. Polens angegebene Ausländerquote hat sich zwischen 1993 und 1996 wenig geändert und stieg dann im Jahre 1999 auf 42800 Personen. Slowenien verzeichnete zwischen 1994 und 1995 eine Verdopplung der Zahl ausländischer Mitbürger und fiel 1998 auf die Gesamtzahl von 33.500 Personen, nachdem diese im Jahre 2000 wieder auf 42.300 Personen anstieg. In Lettland hat sich seit 1995 die geringe Zahl der ausländischen Bevölkerung vervierfacht.

### 1.3 Der Ausländeranteil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung

#### *Folie 1*

Die Bedeutung von Ausländern in der Gesamtbevölkerung variiert erheblich von Staat zu Staat, obgleich die Anteile generell steigen (vgl. Tabelle 4). Im Jahr 2000 (bzw.

zum Zeitpunkt der veröffentlichten jüngsten Zahlen) befand sich relativ zur Gesamtbevölkerung der höchste Anteil an Ausländern in Luxemburg (36,1 %) und in der Schweiz (19,1 %). In drei Ländern – Österreich, Belgien und Deutschland – betrug deren Anteil bis zu 9,4%. In einer anderen Staatengruppe – Dänemark, Frankreich, Irland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und dem Vereinigten Königreich – schwankte deren Anteil zwischen 3,3% und 5,6%. In allen weiteren Staaten West-, Zentral- und Osteuropas, die in Tabelle 4 aufgelistet sind, betrug die Quote an ausländischen Mitbürgern jeweils weniger als 3%.

In einigen wenigen Staaten, in Belgien, in den Niederlanden, in Norwegen, Schweden und Slowenien, ist der Prozentsatz während der Zeitspanne, für die die aktuellsten Daten verfügbar sind, gesunken oder stabil geblieben. Veränderungen am Ausländeranteil dürften aus vielerlei Gründen erfolgt sein – u.a. deswegen, weil Ausländer die Staatsbürgerschaft des Emigrationslandes erworben haben oder die Statistiken aktualisiert worden sind.

#### 2.4 Nationalitätszugehörigkeit innerhalb der ausländischen Bevölkerung in Europa

Es bestehen große Unterschiede zwischen der ausländischen Bevölkerung West-, Zentral- und Osteuropas, aber auch spezifische Unterschiede zwischen den Staaten. Deshalb befasst sich die folgende Analyse zunächst mit der Lage in Westeuropa und im Anschluss, isoliert davon, mit der in Zentral- und Osteuropa.

Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in Westeuropa reflektiert die aufeinander folgenden Migrationswellen der Nachkriegszeit, die zunächst Folge des Arbeitskraftmangels und in der jüngeren Vergangenheit, aber auch – insbesondere seit Mitte der 1970er Jahre – das Ergebnis von Familienzusammenführungen und Familiengründungen waren. Selbstredend sind an dieser Stelle auch Fluchtbewegungen aus Kriegsregionen in- und außerhalb Europas zu nennen. Der dominierende Anteil an ausländischen Nationalitäten der einzelnen Staaten verweist

auf die Herkunft der seit dem Krieg angeworbenen Arbeitskräfte. In diesem Kontext sind zu erwähnen:

- § Spezielle historische Verbindungen, sowie
- § bilaterale Beziehungen zu ehemaligen Kolonien, aber auch
- § die Einfachheit des Zugangs in geografischer und politischer Hinsicht für Flüchtlinge und Asylanten unterschiedlicher Herkunft.

Obwohl mittlerweile einige Länder den Status von Immigrationsstaaten aufweisen, stammen die zahlenmäßig umfangreichsten Gruppen an ausländischen Nationalitäten weiterhin aus den Ländern, die traditionelle Arbeitskraft-, ‚Lieferanten‘ darstellen – so beispielweise die Staaten Südeuropas (Italien, Portugal, Spanien und Griechenland), aber auch die Türkei, das ehemalige Jugoslawien und – in jüngerer Zeit – nordafrikanische Staaten.

Die besten vergleichenden Statistiken zur nationalen Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerungsanteile sind diejenigen, die von EUROSTAT auf der Grundlage von staatlichen Quellen zusammengestellt wurden. Die Daten für das Jahr 2000 sind für einige, doch längst nicht für alle Staaten vorhanden. Indes ist die Geschwindigkeit, mit der sich die Zusammensetzung in den betreffenden Staaten verändert gering genug, um ein fundiertes Bild der gegenwärtigen Lage zu skizzieren. Von besonderer Bedeutung in den Mitgliedsstaaten ist die Zahl der Nationalitäten aus den Partnerstaaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsgebiets. Denn diese genießen in jenem geografischen Raum Bewegungsfreiheit und unterliegen nicht der gleichen Immigrations- und Aufenthaltskontrolle wie Bürger, die nicht aus der EU bzw. dem Europäischen Wirtschaftsgebiet stammen.

**Innerhalb der gesamten EU und EFTA lebten 20,9 Millionen Ausländer**, von denen 64% die europäische Staatsbürgerschaft hatten. Der Anteil der Afrikaner betrug 15,6% und der der Asiaten 11,1%. Zu Beginn des Jahres 2000 belief sich in der EU die Ausländerzahl auf 18,69 Millionen. Von diesen waren etwa 30,5% Bürger anderer

EU-Staaten. Es scheint, dass die relative Bedeutung von EU-Ausländern in EU-Staaten recht konstant ist:

Die Vergleichszahlen der vergangenen zwei Jahre beliefen sich auf 31,9% (5,7 Millionen). Einschließlich der Staaten des Europäischen Wirtschaftsgebiets und der Schweiz führte dies zu einer Gesamtsumme von 5,67 Millionen Ausländern; diese repräsentierten 30,5% aller EU-Ausländer.

Die Bedeutung anderer Regionen für die Herkunft von ausländischen Migranten ist von den auf sie bezogenen Zielländern abhängig. Afrika ist eine besonders gewichtige Herkunftsregion für Frankreich und Portugal und verweist auf frühere koloniale Beziehungen; dies gilt bis zu einem gewissen Grad auch für Italien und Belgien. Amerika – hauptsächlich Südamerika – ist wichtig für Portugal und Spanien, aber auch für Griechenland und Italien. Asien bildet die Hauptquelle für das Vereinigte Königreich sowie für Griechenland und Italien. Hierbei ist jedoch zu betonen, dass dies aus unterschiedlichen Gründen der Fall ist, aber auch, dass der Schwerpunkt in unterschiedlichen Gebieten dieses großen und vielschichtigen Kontinents liegt. Das Vereinigte Königreich nimmt asiatische Immigranten vor allem vom indischen Subkontinent auf, die vor allem mit dem Ziel emigrieren, dort dauerhaft sesshaft zu werden. Italiens asiatisches Kontingent stammt primär aus Südostasien – besonders von den Philippinen –; und das von Griechenland rekrutiert sich aus den nahe gelegenen Staaten des Mittleren Ostens.

Die Vorrangstellung Deutschlands als Zielort für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten liegt ebenfalls auf der Hand:

Deutschland nimmt über ein Viertel der Ausländer aus dem Europäischen Wirtschaftsgebiet (inklusive der Schweiz) auf, über die Hälfte der Zentral- und Osteuropäer und drei Viertel aus den übrigen Staaten Europas, vor allem aus der Türkei. Die Zahl der Asiaten steigt aufgrund von Vietnamesen aus der ehemaligen DDR deutlich an. Afrikaner gibt es in Deutschland jedoch vergleichsweise wenige. Ungeachtet der Verbindung Spaniens und Portugals zu den Staaten Nord-, Süd- und Mittelamerikas nimmt das Vereinigte Königreich den größten Anteil amerikanischer

Ausländer auf, die vor allem aus den USA stammen. Ferner – und dies ist nicht weiter verwunderlich – stammen über drei Viertel der Migranten aus Australien und Ozeanien.

Daten zur staatsbürgerlichen Zugehörigkeit von Migranten in Zentral- und Osteuropa liegen im unterschiedlichen Ausmaß vor. Der Großteil jener Staaten scheint die Nationalitäten anderer zentral- und osteuropäischer Staaten zu beherbergen, obwohl die Lage sicherlich nicht statisch ist. Komplexer wird diese vor allem durch Änderungen der individuellen Staatsbürgerschaft in den betreffenden Migrantengruppen.

### 3. Wanderungsströme einzelner Migrantengruppen

Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Datenmaterial, das gerade erörtert wurde, beziehen sich *a fortiori* auf Migrationsströme. Die Statistiken zur Emigration erweisen sich als besonders problematisch. Viele Länder erheben hierzu keine Daten, und diejenigen, die Daten sammeln, tendieren dazu, diese zu niedrig zu veranschlagen (Salt, Singleton und Hogarth, 1994; Salt *et al.*, 2000). Selbst unter Staaten, die ein gut entwickeltes Datenerhebungssystem haben, liegen recht häufig erhebliche Abweichungen in der Einschätzung von Wanderbewegungen vor - je nachdem, ob die Herkunfts- oder die Anlaufstaaten die Einschätzung vornehmen. Erstaunlicherweise ist es noch immer schwierig, Migrationsströme in den Staaten Zentral- und Osteuropas zu erfassen. Das Datenerhebungssystem, das zu kommunistischen Zeiten entwickelt wurde, zielte darauf ab, nur bestimmte Migrationsströme zu berücksichtigen, vor allem solche, die in „dauerhafte“ Migration münden. Daher erwiesen sich die betreffenden Erhebungssysteme als extrem inadäquat zur validen Auswertung der meisten der seit 1989 in dieser Region erfolgten Migrationsströme. Beispielsweise bleiben tatsächlich, abweichend von den meisten anderen Datenerhebungssystemen, viele der Begriffskonzepte im Bereich von „(Migrations-)Bewegungen“ unberücksichtigt, da sie als „üblich“ eingestuft werden.

### 3.1 Migrationsströme nach und innerhalb von Westeuropa

#### *Folie 2*

Um das Jahr 1985 zeichnete sich beim Migrantenzustrom nach Westeuropa eine klare Trendwende ab (vgl. Tabelle 6). Die Abwanderungen schwankten und wichen unter den Staaten voneinander ab.

*Folie 3* Die Staaten, bei denen Daten für die Zeitspanne von 1980 bis 1999 verfügbar waren (vgl. Tabelle 8), veranschlagten einen Nettogesamtzuwachs an Migranten von 8,48 Millionen.

Die jährlichen Zuwächse von Migranten scheinen stark geschwankt zu haben. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre sank der Zustrom der ausländischen Bevölkerung, wobei sich jährlich rückläufige Zahlen selbst in Deutschland (1982-1984), Luxemburg (1982) und der Schweiz (1983) einstellten. Die Daten Mitte der 80er Jahre zeigen, dass es daraufhin hingegen – mit Ausnahme Islands – in den meisten Staaten zu jährlichen Zuwächsen kam. Seit 1994 sind insgesamt in den Staaten, in denen Daten erhoben wurden, die Jahreszuwächse ihrer Tendenz nach gesunken. Deutschland verzeichnete in den Jahren 1997 und 1998 sogar eine Nettomigration, die aus der Rückkehr bosnischer Flüchtlinge resultierte, denen nur vorübergehendes Aufenthaltsrecht gewährt worden war. 1999 allerdings verbuchte Deutschland wieder einen erheblichen Nettozuwachs.

1999 – in Italien 1998 – belief sich der Gesamtzuwachs in den aufgelisteten Staaten Westeuropas auf 608.100 Migranten, wobei die Hauptzuwächse das Vereinigte Königreich und Deutschland verbuchten. Dies ähnelt dem Jahr 1993, als der jährliche Zuwachs 592.000 Migranten betrug, von denen auf Deutschland auch damals etwa die Hälfte abfiel. Für die acht Staaten, in denen Daten für die Jahre 1980, 1988, 1992 und 1999 erhoben wurden gilt Folgendes:

In Deutschland erhöhte sich 1980 der Anteil am Gesamtzuwachs auf 52,1%; dieser Wert stieg 1992 bis zum Höchststand von 68,4% und fiel dann auf 37% im Jahre 1996, woraufhin es aufgrund der Rückkehr von Bosniern, denen nur vorübergehend Schutz gewährt worden war, sogar zu einem Migrationsdefizit kam. Insgesamt verzeichnete Deutschland einen größeren Gesamtzuwachs; Dänemark und Italien hingegen wiesen seit 1996 sinkende Gesamtzuwächse auf, während in Finnland die Zahlen stabil blieben.

Es sollte dennoch darauf hingewiesen werden, dass diese Daten vermutlich den Gesamtzustrom an Migranten nur unzureichend widerspiegeln. Denn zumeist bleiben in ihnen die Asylbewerberquote und einige Formen nicht-dauerhafter Immigration unberücksichtigt. Zudem muss von einer hohen Dunkelziffer an illegalen Einwanderern ausgegangen werden.

## 3.2 Migrationsströme in Zentral- und Osteuropa

### **3.2.1 Quantitative Veränderungen seit Beginn der 1990er Jahre**

Es versteht sich von selbst, dass nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs eine Zunahme der Migrationsströme sowohl *innerhalb* als auch *aus* dieser Region stattgefunden hat. Einer zuverlässigen Schätzung zufolge (Garson, Redor und Lemaitre, 1997) betrug die jahresdurchschnittliche Summe an behördlich erfassten Migranten aus Zentral- und Osteuropa in westliche Staaten etwa 850.000 Personen, während zuvor die Zahl für die drei zurückliegenden Jahrzehnte noch um mehr als die Hälfte niedriger veranschlagt wurde (Frejka, 1996; Okolski, 1998). **Migration war während der kommunistischen Phase zumeist ethnisch begründet und bezog sich vorwiegend auf Juden und Deutsche.**

Die meisten Daten zu Immigrationsströmen in den Staaten Zentral- und Osteuropas beziehen sich auf dauerhafte Immigration. Dadurch kommt es dazu, dass die Gesamtströme in ihrer Summe erheblich unterschätzt werden. So sind die offiziellen

Zahlen niedrig und im Allgemeinen nicht steigend. Viele der erfassten Immigranten sind ehemalige Staatsbürger eines Landes aus dieser Region, das sie jedoch während der kommunistischen Herrschaft verließen und denen im Anschluss die jeweiligen Gastgeberländer das Staatsbürgerrecht verliehen haben. Die Hauptströme erfolgten bereits 1991 bzw. 1992, zwei oder drei Jahre nach der Rückkehr zur Demokratie – eine statistische Auffälligkeit, die so zu erklären ist, dass die relativ geringe Anzahl derer, die heimzukehren wünschten, gewartet haben, bis sie sich sicher waren, dass der politische Wechsel unumkehrbar war.

Allerdings verbuchten Estland, Litauen, Moldawien, Polen und Rumänien seit 1999 insgesamt Abwanderungstendenzen. Russland hat weiterhin den größten Gesamtwachstum, jedoch in viel geringerem Ausmaß und nahezu ausschließlich aus Republiken der ehemaligen UdSSR.

### **3.2.1 Formen der Migration**

Während der 1990er Jahre waren für Zentral- und Osteuropa insgesamt mehrere Hauptformen der Migration charakteristisch, die weitverbreitet und in ihrer Anzahl bedeutend waren. Zu nennen sind:

- § ethnisch motivierte Migration,
- § Transit-Migration von Personen inner- oder außerhalb der Region (die meisten mit dem Ziel Westeuropa),
- § Migration von politisch Verfolgten, sowie
- § die erheblichen Wanderbewegungen, die zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR stattfanden.

Innerhalb dieser allgemeinen Typologie hat Okolski (1998) noch weitere, geografisch ausdifferenzierte Wanderbewegungen identifizieren können:

- **Zeitarbeit-Migration in Richtung Westen: zum Beispiel Albaner, die in Italien oder Griechenland arbeiten, sowie Esten und Russen in Finnland,**

oder Rumänen in Israel, Tschechen, Bulgaren, Polen sowie Ungarn in Österreich und Deutschland;

- intra-regionale Beschäftigungsströme: insbesondere Ukrainer, Weißrussen, Rumänen und Russen in Richtung Tschechische Republik, Ungarn und Polen;
- Zuströme von Arbeitern aus bestimmten Entwicklungsländern: beispielsweise Chinesen und Vietnamesen in Richtung Tschechische Republik, Ungarn und Polen;
- Zuströme speziell von hochqualifizierten Facharbeitern aus Westeuropa: beispielsweise in Richtung Tschechische Republik, Ungarn und Polen;
- Remigration: zum Beispiel nach Polen, Bulgarien und Rumänien;
- ethnische Migration aus Polen, Rumänien und der ehemaligen UdSSR, insbesondere nach Deutschland und Israel.

Diese Migrationsformen werden überlagert durch ein verzweigtes Mosaik an relativ kurzfristigen Wanderbewegungen. Es besteht aus den Bausteinen „Arbeitstourismus“ und Kleinhandel. Zur Bestreitung des Lebensunterhalts kommt es zu einem recht intensiven Pendelverkehr über internationale Grenzen. Herkömmlicherweise wurden solche Bewegungen nicht als Migration eingestuft. Doch aufgrund der enorm hohen Zahl, der ökonomischen Bedeutung und Neuartigkeit drängten sich diese Wanderbewegungen zur Aufnahme ins Migrationsvokabular nahezu auf.

Okolski (1997) stuft viele dieser Bewegungen als „**unvollständige Migration**“ ein. Diese Definition, bezieht sich auf Personen, die häufige Kurzreisen ins Ausland unternehmen, um dort den Lebensunterhalt zu verdienen aber im Heimatland wohnhaft bleiben. Unvollständige Migranten sind gekennzeichnet durch einen flexiblen Sozialstatus und auch durch eine ungefestigte berufliche Stellung, während der dauerhafte Wohnsitz sowie der finanzielle Haushalt im Herkunftsland aufrecht erhalten werden. Häufig ist die Entfernung zum Zielort gering. Bisweilen können unvollständige Migranten lediglich Grenzgänger sein. Obwohl der einzelne Aufenthalt im Ausland eher in Tagen als in Wochen gezählt wird, verbringt der

unvollständige Migrant einen Großteil des Jahres außerhalb des Heimatlandes, d.h. in einem anderen, ausländischen Staat.

Solche Wanderbewegungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas sind eng verbunden mit der wachsenden Liberalisierung der Wirtschaft, die mit dem politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess einhergeht. Der rascheste Beschäftigungszuwachs in diesen Staaten ist im informellen Bereich anzusiedeln – dort, wo viel Saison- und Zeitarbeit verlangt, aber keine dauerhafte Einkommensquelle geboten wird. Viele Beschäftigte betrachten diese zeitweiligen Tätigkeiten als bloße Ergänzung zu dem, was man im Herkunftsland tatsächlich erwirtschaften kann. Auf diese Weise kann ein doppelter Lebensunterhalt verdient werden, der einerseits auf Arbeitsemigration in vorwiegend informellen Bereichen der *Zielländer* und andererseits auf Beschäftigung im informellen Bereich der *Heimatländer* beruht.

## 4. Arbeitsmigration

### 4.1 Ausländische Arbeitskraftbestände in Westeuropa

Es erscheint noch immer besonders schwierig, für die Arbeitsmigration innerhalb Europas genaue und vergleichbare Daten zu erhalten. Diese Schwierigkeiten bestehen darin zu bestimmen, wer hierbei einzubeziehen sei, und auf welche Quellen zurückgegriffen werden sollte. Zusätzlich ist zu bedenken, dass auf dem Arbeitsmarkt eines Landes aller Wahrscheinlichkeit nach nicht-ermittelte Beschäftigte proportional höher vertreten sind als nicht-ermittelte Einwohner.

#### *Folie 4*

Die Belege aus Tabelle 12 zeigen, dass in Westeuropa um 1999/2000 (bei Verwendung der jüngsten Daten für jedes Land) etwa 7,88 Millionen erfasste Migrant beschäftigt waren. Dies ergibt einen **Anstieg von etwa 32,2% im Vergleich zu den Zahlen von 1988 (5,96 Millionen), doch lediglich 6,5%, verglichen mit denen aus dem Jahre 1994 (7,4 Millionen)**. In der Tat scheint sich die Zahl der erfassten Arbeitsmigranten in den letzten Jahren nur wenig geändert zu

haben. Dies steht im Gegensatz zu der vorausgehenden Situation in den 1990er Jahren, als Westeuropa seinen Bestand an ausländischer Arbeitskraft vergrößerte, da die Wirtschaft in eine Rezession geriet. Einen zeitlich erweiterten Ausblick könnte man durch einen Vergleich der Situationen von 1980, 1988 und 1999 in den acht in Tabelle 12 aufgelisteten Staaten erhalten, für die allesamt Daten vorliegen. 1980 betrug für diese Staaten die Zahl ausländischer Arbeitnehmer 4,63 Millionen, doch 1988 ist diese Zahl mit 4,45 Millionen (minus 3,9%) leicht gesunken. 1999 hat sich die Zahl auf 5,23 Millionen erhöht, das entspricht einem Anstieg in elf Jahren um 17,5%. Für all diese Staaten gilt insofern, dass der Anstieg an ausländischen Arbeitnehmern von 1980 an tatsächlich erst nach 1988 erfolgte.

Jedoch ist die Zeitspanne seit 1988 durch schwankende Zahlen geprägt. Mit Ausnahme der Türkei wurde für all die angeführten Staaten ein Vergleich der Situationen der Jahre 1988, 1992 und 1999 durchgeführt (bzw. mit den aktuellsten Daten, die verfügbar waren). 1988 betrug die Gesamtzahl der erfassten ausländischen Arbeitnehmer 5,9 Millionen; bis 1992 stieg sie um 23,1% auf 7,3 Millionen und erreichte 1999 sogar 7,7%, das sind 7,86 Millionen Arbeitsmigranten. Insofern scheint es, dass der Anstieg an ermittelten ausländischen Arbeitnehmern in Westeuropa nahezu ausschließlich in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts erfolgte, und dass sich seitdem die Zahlen kaum geändert haben.

Trotz des allgemeinen Anstiegs der Gesamtzahl ausländischer Mitbewohner zwischen 1980 und 1999, variierten die Veränderungen bei der Gesamtzahl ausländischer Arbeitnehmer unter den traditionellen Einwanderungsländern. 1998 war in Deutschland die erfasste Zahl an ausländischer Beschäftigung mit 1,99 Millionen 1,4% niedriger als im Jahre 1980, obgleich im gleichen Zeitraum die ausländische Bevölkerung auf 64,4% anstieg. Ich erkläre es damit, dass diese Zahlen nicht die ethnischen Deutschen mit einschließen (Spätaussiedler), die aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion „heimgekehrt“ sind.

Zwischen 1980 und 1999 hat sich in Österreich die Zahl an ausländischen Arbeitnehmern um 91% (158.900) erhöht, während im Vergleich die Anzahl der Bevölkerung um 65% angewachsen ist. In Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden sank beispielsweise in den frühen 1980er Jahren die Anzahl an ausländischen Arbeitnehmern. Dieser Rückgang ist Ausdruck einer ökonomischen Rezession in jener Zeitspanne, die ihren Tiefpunkt etwa 1984/1985 erreichte.

1999 konzentrierte sich in Europa die Mehrheit an ausländischen Arbeitnehmern – wie auch die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung – in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich. Beide Länder beherbergten zusammen über 3,56 Millionen ausländische Arbeitnehmer. Jeder westeuropäische Staat spiegelt in dieser Zeit mit der Zahl ausländischer Arbeitnehmer auch die jeweiligen ausländischen Nationalitäten der Migrantenbevölkerung wieder. In Deutschland bilden die größten Gruppen an ausländischen Arbeitnehmern Türken, Jugoslawen und Italiener; in Frankreich Portugiesen, Algerier und Marokkaner; im Vereinigten Königreich vor allem Iren. Türken bilden die größte Einzelgruppe an ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland und den Niederlanden, und die zweitgrößte Gruppe in Österreich. Jugoslawen machen die größte Gruppe in Österreich und die zweitgrößte in Schweden und in der Schweiz aus, während Italiener die häufigste Gruppe sowohl in der Schweiz als auch in Belgien darstellen. Zusätzlich zu ihrer zahlenmäßigen Bedeutung in Frankreich bilden Marokkaner auch die zweitgrößte Gruppe sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden.

#### 4.2 Wanderungsströme ausländischer Arbeitskräfte

Der Wendepunkt der gesamten Bevölkerungsströme in Westeuropa während der Mitte der 1980er Jahre des letzten Jahrhunderts zog auch den Zustrom von Arbeitskraft nach sich, wobei ein stetiger Anstieg in vielen Staaten bis in die frühen 1990er Jahre vorlag. Seitdem vollzog sich ein allgemeiner Rückgang an zuwandernden Arbeitskräften in den Ländern, in denen statistische Daten erhoben wurden.

Für die letzten Jahre kann nachgewiesen werden, dass in mehreren Ländern die Zahlen steigen, so in Österreich, der Schweiz, in Luxemburg, Spanien, dem Vereinigten Königreich und in Deutschland von 1998 bis 1999. Bis zu einem gewissen Grad ist der Anstieg eine Folge des wirtschaftlichen Wachstums, der besonders Facharbeiter anzog. Doch die Statistiken unterschätzen den Gesamtzustrom – der für Deutschland beispielsweise ignoriert die Zuwanderung von Spätaussiedlern. Bedauerlicherweise sind verlässliche Daten zur Abwanderung von Arbeitskräften nicht verfügbar, so dass es unmöglich ist, die Wanderbewegungen von ausländischen Arbeitskräften in ihrer Gesamtheit zu ermitteln.

Während die **dauerhafte Migration von Ost- nach Westeuropa geringer ausfiel**, als von vielen erwartet wurde, **erfolgte von dort im erheblichen Umfang eine Zeitarbeitsemigration nach Westeuropa**. Die Gründe scheinen genereller Natur zu sein:

- § Reisefreiheit,
- § steigende Arbeitslosigkeit,
- § der sinkenden Lebensstandard für einige Personengruppen,
- § das Vorhandensein von besser bezahlten Tätigkeiten im Ausland, von denen einige allerdings illegal sind.

Die Folgen dieser Emigration haben zwei Seiten: In einigen Regionen fließen Überweisungen und Ersparnisse in die lokale Wirtschaft; in anderen Regionen, die zunehmend von ausländischen Arbeitskräften besiedelt werden, liegt hingegen ein Arbeitsplatzmangel vor.

#### **Folie 5**

Die Gesamtzahl an Personen aus Zentral- und Osteuropa, die außerhalb ihres eigenen Landes beschäftigt sind, ist unbekannt. Doch eine gewisse Orientierung bieten die EUROSTAT-Daten zur Gesamtzahl an europäischen Bürgern in den Staaten des Europäischen Wirtschaftsgebiets und der Schweiz (siehe Tabelle 14). Die Daten über den Zustrom an ausländischen Arbeitskräften in Zentral- und Osteuropa erlauben

bestenfalls bestimmte Schlussfolgerungen, und es gibt dort wenig Belege für einen Aufwärtstrend.

#### 4.3 Spezifische Merkmale ausländischer Beschäftigung

Ausländische Arbeitskräfte beherrschen das vollständige Spektrum an Beschäftigungen in Immigrationsländern. Doch sie sind zunehmend im tertiären und quartären Bereich statt im Produktionsbereich zu finden. Ein großer Teil des Zuwanderungsstroms erfolgt in Facharbeitsbeschäftigung. Die Regelung der Arbeitserlaubnis greift in den meisten europäischen Staaten zunehmend auf hochrangige Experten zurück. Dennoch gibt es zunehmende Anzeichen einer Polarisierung, wobei eine große Anzahl an Tätigkeiten von Personen mit einem relativ niedrigen Ausbildungsstand erfüllt werden können, insbesondere im Catering- und Reinigungsbereich, wobei viele Arbeitskräfte in diesen Berufsfeldern illegal beschäftigt werden.

Die sektorale Verteilung an ausländischen Arbeitskräften wurde in aufeinander folgenden Berichten der OECD ausgewertet (1995, 1997). Die Ergebnisse zeigen, dass die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer weiterhin in bestimmten Bereichen konzentriert ist – in Deutschland beispielsweise im Bergbau, Steinbruch und gewerblich – technischen Bereich; in Frankreich und Luxemburg im Bauwesen oder im Vereinigten Königreich im bestimmten Service-Industrien. Doch sind in den meisten europäischen Staaten Ausländer in allen Beschäftigungsbereichen zu finden, wobei ein recht beständiger Trend in Richtung höherer Präsenz im allgemeinen Servicebereich zu verzeichnen ist. Es gibt Anhaltspunkte, dass in den letzten Jahren in einer Anzahl von Staaten Migranten in solchen Industrien überrepräsentiert sind, in denen die Beschäftigungsrate überdurchschnittlich schnell sinkt. Dies könnte zum Teil eine Erklärung sein für die allgemein höhere Arbeitslosenrate bei ausländischen Beschäftigten im Vergleich zu der Einheimischer.

In Zentral- und Osteuropa sind viele ausländische Arbeitskräfte in hoch qualifizierten Tätigkeiten zu finden – häufig bei großen Firmen. Es liegen indes einige Parallelitäten

zur Immigration von Gastarbeitern während der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts vor: Ukrainische Arbeitskräfte in Polen finden sich in erheblicher Anzahl in der Agrarwirtschaft und im Bauwesen (Stola, 1997). Der Großteil der Arbeitsimmigration in diese Region scheint im Bereich der niedrig qualifizierten Beschäftigung zu liegen – häufig im informellen Sektor – und umfasst geringfügige Tätigkeiten wie Kleinhandel und manuelle Kurzarbeit.

In der Tschechischen Republik sind beispielsweise die meisten Ukrainer in Handarbeits-Berufen tätig, vor allem im Bau- und Produktionsbereich und in der Agrarwirtschaft. Ihre Arbeitsbedingungen sind relativ schlecht und ihr Lohn für die gleiche Arbeit ist geringer als derjenige, der an die einheimischen Tschechen gezahlt wird (Maresova, 1999).

#### 4.4 Migration hochqualifizierter Arbeitskräfte

Seit Beginn des neuen Jahrtausends haben mehrere Staaten in Westeuropa Schritte unternommen, um die Immigration von qualifizierten Arbeitskräften in den heimischen Arbeitsmarkt zu vergrößern. Deutschland hat ein ‚Green Card‘-System eingeführt, um 20.000 IT- Arbeitnehmer anzuwerben, die den Fachkräftemangel beheben sollen. Doch bislang war es schwierig, genügend potentielle Migranten mit den notwendigen Fähigkeiten zu finden. Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat ebenfalls eine positivere Haltung gegenüber der Migration von Fachkräften eingenommen, indem es Änderungen im Arbeitserlaubnis-System vornahm, die darauf abzielen, den Zustrom von einer ganzen Reihe an qualifizierten Beschäftigten zu vergrößern – so zum Beispiel Personal im medizinischen oder IT-Bereich.

Ein Großteil der Diskussion über die Migration von Hochqualifizierten hat sich auf die Möglichkeit einer geistigen Trockenlegung („brain drain“) des Ostens durch den Westen konzentriert (vgl. zum Beispiel Studi Emigrazione, 1995). Dieses wachsende Interesse wurde innerhalb eines Vakuums an systematisch erhobenen Daten geweckt. Die meisten Informationen sind aus Statistiken abgeleitet, die Folgendes zeigen:

- § den Rückgang an Beschäftigung im wissenschaftlichen Bereich in mehreren Staaten Osteuropas und der GUS;
- § die Ankunft von wissenschaftlichem Personal aus Osteuropa und der GUS in Staaten Westeuropas, sowie
- § Zukunftspläne von hochqualifiziertem noch im Osten befindlichem Personal im Hinblick auf internationale Migration.

Diese Daten sind kein Beleg – weder in tatsächlicher noch in potentieller Hinsicht – für eine gefährliche geistige Austrocknung des Ostens durch den Westen mit negativer Wirkung für die betreffenden Herkunftsländer, wie bisweilen behauptet wird. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime im Ostblock war deren Wissenschaftssektor personell recht überbesetzt, doch unterfinanziert. Der nachfolgende Abbau an Personal in diesem Beschäftigungssektor vollzog sich ausgesprochen zügig. Es scheint, dass die Mehrzahl des Personals, das vom wissenschaftlichen Bereich Abschied genommen hat, in seinem Land verblieben ist und nach alternativer Beschäftigung im privaten Bereich Ausschau gehalten hat. Nur in der ehemaligen Sowjetunion scheint die Situation gegeben zu sein, dass der Zusammenbruch und nachfolgende Abbau an Beschäftigung und Investitionen im Wissenschaftsbereich eine erhöhte Abwanderung der geistigen Elite zur Folge hatte.

Die Migration von hochqualifiziertem Personal verlief nicht nur in eine Richtung. Als die Wirtschaft dieser Regionen zunehmend internationaler wurde, erfolgte auch ein erheblicher West-Ost-Strom an Firmenpersonal, Beratern, Erziehungswissenschaftlern sowie weiteren Berufsgruppen der Führungsebene (Hillmann, 1997). Dieser Prozess scheint für die voraussagbare Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach fortzubestehen.